ZÜRCHER
HANDELSKAMMER

PORTRÄT
JAHRESBERICHT 2020

STIMME DER WIRTSCHAFT
ZÜRICH SCHAFFHAUSEN ZUG

Die Zürcher Handelskammer (ZHK) vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1100 Unternehmen aus allen Branchen in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Zug. Ziel ist es, liberale und marktwirtschaftlich geprägte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Mit ihrer 148-jährigen Geschichte zählt die 1873 gegründete Zürcher Handelskammer zu den ältesten und traditionsreichsten Wirtschaftsverbänden der Schweiz.

«Auch wenn andere Märkte an Bedeutung gewonnen haben, bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner.»

Dr. Karin Lenzlinger
ist seit 2013 Präsidentin der Zürcher Handelskammer. Daneben übt sie diverse Mandate aus, unter anderem ist sie Präsidentin der Zürcher Oberland Medien AG, Vizepräsidentin des Verwaltungsrats der SV Group und Mitglied des Vorstandes von economiesuisse.

Liebe Leserinnen und Leser

Das Jahresporträt 2020 der Zürcher Handelskammer widmen wir dem Thema Schweiz und Europa. Man mag sich fragen, weshalb dies für einen regionalen Wirtschaftsverband von Relevanz ist. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, wie eng die Verflechtung des Wirtschaftsraums Zürich mit Europa ist. Und die Themen, die letztes Jahr im Zentrum standen – der Austritt Grossbritanniens aus der EU oder auch die Kontroversen um die Personenfreizügigkeit oder ein Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU –, haben auch eine grosse Bedeutung für unseren Wirtschaftsraum.

Auch wenn andere Märkte über die letzten Jahre an Bedeutung gewonnen haben, bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner. Europa ist uns aber nicht nur wirtschaftlich nah. Es verbindet uns eine gemeinsame Geschichte und der kulturelle Austausch ist intensiv. Umso grösser ist unser Interesse, dass dieses gute Verhältnis erhalten bleibt, dass die Schweizer Wirtschaft weiterhin einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt hat, junge Menschen ohne Einschränkungen europaweit studieren und unsere Hochschulen an Forschungsprojekten teilhaben oder wir gegenseitig Arbeitsstellen in anderen Ländern antreten können.

Mit den bilateralen Verträgen mit der EU ist die Schweiz sehr gut gefahren. Eine Studie der deutschen Bertelsmann Stiftung zeigt auf, dass wir innerhalb Europas am meisten profitieren vom Binnenmarkt.[1] Unsere Bevölkerung hat zudem in Volksabstimmungen mehrfach bekräftigt, dass sie hinter diesen Verträgen steht. Die EU will nun mit der Schweiz gewisse Regeln dafür definieren, wie sich dieses Verhältnis in Zukunft entwickeln soll. Daran haben auch wir ein Interesse. Denn zusätzlich zu den Gebieten, welche die bestehenden Verträge abdecken, besteht Handlungsbedarf zum Beispiel im Bereich Strommarkt oder den Finanzdienstleistungen.

Die ZHK hat schon vor einiger Zeit erklärt, dass sie sich grundsätzlich für ein solches Regelwerk oder eben ein Rahmenabkommen mit der EU ausspricht. Die Wirtschaft braucht Rechtssicherheit, und eine solche können nur verbindliche Grundsätze liefern. Es ist aber auch klar, dass dies seinen Preis hat, da darf man sich keine Illusion machen. Es wird abzuwägen sein, ob er angemessen oder zu hoch ist. Es ist nun Aufgabe des Bundesrates, der Schweizer Bevölkerung und der Wirtschaft das Ergebnis seiner Verhandlungen hinzulegen, damit eine konkrete und sachliche Diskussion möglich wird. Die ZHK wird sich konstruktiv daran beteiligen, denn wir wissen, was aus Sicht unseres Wirtschaftsstandorts auf dem Spiel steht.

Herzlich, Karin Lenzlinger

[1] www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen «Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions»

7

FOKUSTHEMA

Schweiz – Europa

Die europäischen Staaten und die EU sind die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Die Zürcher Handelskammer setzt sich deswegen für zuverlässige und starke Beziehungen mit Europa ein, welche günstige Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit sowohl für den Aussenhandel und den Luftverkehr als auch die Bildung und Forschung gewährleisten. Auch für die ZHK und ihre Mitglieder ist die internationale Vernetzung von grosser Bedeutung. Aus diesen Gründen befasst sich das vorliegende Porträt mit dem wichtigen Thema der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa.

14

FOKUSTHEMA

Einsatz der ZHK für die Wirtschaft

Die Zürcher Handelskammer setzt sich auf verschiedenen Ebenen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Dazu gehören die aktive Teilnahme am vorparlamentarischen Rechtssetzungsprozess auf Bundes- und Kantonsebene, Empfehlungen zu Abstimmungen, der direkte Kontakt zu Mitgliedern von Behörden und Verwaltung wie auch das Anstossen von Diskussionen – unter anderem zum Thema Schweiz – Europa.

4
INTERVIEW
Im Gespräch mit Direktorin Dr. Regine Sauter

12
FOKUSTHEMA
Drei Fragen an ...

17
ABSTIMMUNGEN
Wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmungen

18
JAHRESBERICHT
2020 – unser Jahresbericht in Kürze

20
DIENSTLEISTUNGEN DER ZÜRCHER HANDELSKAMMER

24
NETWORKING UND PARTNER

25
EVENTS

26
VORSTAND

27
TEAM

28
IMPRESSUM

Im Gespräch mit Direktorin Dr. Regine Sauter

Dr. Regine Sauter
ist seit 2012 Direktorin der Zürcher Handelskammer. Sie vertritt diese unter anderem im Stiftungsrat der Greater Zurich Area oder im Netzwerk der Europäischen Handelskammern Eurochambres. Seit 2015 sitzt sie für die FDP im Nationalrat.

Regine Sauter, 2020 war ein verrücktes Jahr. Was bedeutet die Corona-Pandemie für die ZHK?
Wenn wir noch eines Beweises bedurft hätten, wie stark die Unternehmen in unserem Wirtschaftsraum vom Export abhängig sind – die Pandemie hat es uns eindrücklich vor Augen geführt. Als Handelskammer unterstützen wir die Exportwirtschaft, unter anderem stellen wir Ursprungszeugnisse und Carnets ATA aus, die benötigt werden, wenn man Güter ins Ausland bringen will. Die Erträge dieser Dienstleistungen sind bei uns um 10 % bei den Ursprungszeugnissen und ganze 50 % bei den Zollpapieren eingebrochen. Das widerspiegelt den massiven Rückgang der Exporte beispielsweise gerade in der Maschinenindustrie im letzten Jahr.

«Die Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie stark die Unternehmen in unserem Wirtschaftsraum vom Export abhängig sind.»

Welchen Einfluss hat die Pandemie auf Ihre Arbeit als Nationalrätin?
Zu Beginn war es vor allem der Bundesrat, welcher politisch das Heft in der Hand hielt. Das hat sich aber rasch geändert. Das Parlament musste Notkredite für die Kurzarbeitsentschädigung beschliessen, anschliessend mit dem Covid-Gesetz die rechtliche Grundlage für alle weiteren Massnahmen schaffen. Für alle war die Situation neu, was auch erklärt, dass man im Gesetz nicht immer gleich alles perfekt regeln konnte und laufend nachbessern musste. Viele ausserordentliche Sitzungen waren nötig. Es war und ist uns jedoch ein Anliegen, eine saubere Grundlage für alle staatlichen Eingriffe, aber auch die finanziellen Massnahmen zu haben und damit die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Im diesjährigen Porträt der ZHK geht es um die Beziehung «Schweiz – Europa». Das aktuelle Verhältnis ist auf dem Prüfstand. Ist der bilaterale Weg am Ende?
Nein, keineswegs. Die Schweiz ist damit sehr gut gefahren, konnte mit der EU jene Bereiche regeln, die für uns wichtig sind, und hat enorm davon profitiert. Der bilaterale Weg wurde zudem von der Stimmbevölkerung mehrfach bestätigt. Es ist aber so, dass wir zumindest an einem Scheideweg stehen. Die Frage ist, wie es uns gelingt, diesem Verhältnis auch für die Zukunft eine Verbindlichkeit zu geben und wie wir es weiterentwickeln. Es gibt Bereiche, die neu geregelt werden müssen, zum Beispiel die Frage des Energiemarkts. Wir haben zudem ein Interesse daran, dass klare Regeln gelten, die EU uns nicht laufend piesacken kann, wie beispielsweise bei der Aberkennung der Börsenäquivalenz.

«Der bilaterale Weg wurde von der Stimmbevölkerung mehrfach bestätigt.»

«Wie in jedem Vertragsverhältnis haben beide Seiten ihre Interessen.»

Betreibt die Schweiz nicht einfach «Rosinenpickerpolitik»?
Wir sind nicht EU-Mitglied, deshalb ist es klar, dass zwischen der Schweiz und der EU auch andere Regeln gelten müssen als innerhalb der EU. In der Schweiz muss zudem auch die Stimmbevölkerung am Schluss Ja sagen zum Verhandlungsergebnis. Wie in jedem Vertragsverhältnis haben aber beide Seiten ihre Interessen, und es wird auch beiderseits hart verhandelt. Für die EU steht im Moment in Bezug auf den inneren Zusammenhalt zudem viel auf dem Spiel, wieso sollte sie uns das Rosinenpicken ermöglichen?

2020 war das Jahr des Verzichts. Konnten Sie dennoch positive Erlebnisse mitnehmen?
Sich in einem kleineren Radius zu bewegen, hat durchaus auch sein Positives. Ich habe neue Regionen der Schweiz kennengelernt, das Val d'Anniviers oder das Val Poschiavo zum Beispiel. Aber es ist so, gerade kulturelle Veranstaltungen fehlen mir sehr, und ich hoffe, dass 2021 auch in diesem Bereich wieder normaler wird.

19. SEPTEMBER 1946
WINSTON S.
CHURCHILL
1874 - 1965
›EUROPE ARISE
STEH AUF EUROPA

Die schweizerische Europapolitik steht am Scheideweg

Der bilaterale Weg gilt als Erfolgsgeschichte. Er wird von Volk und Ständen getragen und liefert grossenteils die gewünschten Resultate. Nun ist die Schweiz gefordert, mit dem Rahmenabkommen die Grundlage für die Fortführung des bilateralen Wegs zu legen. Eine tragfähige Alternative ist nicht in Sicht.

AUTOR: PROF. DR. MATTHIAS OESCH

Prof. Dr. Matthias Oesch ist Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Zürich.

Bilaterale Abkommen

Das bilaterale Vertragsnetz zwischen der Schweiz und der EU umfasst rund 20 Hauptabkommen und über 100 weniger bekannte weitere Abmachungen. Ausgangspunkt und Grundlage bildet das Freihandelsabkommen von 1972. 1989 wurde das Versicherungsabkommen abgeschlossen. Nach der Ablehnung des Beitritts zum EWR 1992 führte die Schweiz die Tradition pragmatisch-bilateraler Beziehungen fort. 1999 wurden die sieben Abkommen der Bilateralen I abgeschlossen (Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, Beschaffungswesen, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Luftverkehr, Güter- und Personenverkehr, Forschung). Weitere Verhandlungen führten 2004 zur Unterzeichnung der neun Abkommen der Bilateralen II (Schengen/Dublin, Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung, Nichtbesteuerung von pensionierten EU-Beamten, landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, Statistik, Umwelt, Film, Bildung). Seit 2004 wurden nur noch vereinzelt Abkommen vereinbart (z.B. Zollerleichterung, Informationsaustausch in Steuersachen, Treibhausgasemissionshandel).

Demokratische Legitimation

Volk und Stände haben den bilateralen Weg wiederholt bestätigt. Sie stimmten dem Abschluss des Freihandelsabkommens zu (1972). Bei Referenden über die Bilateralen I (2000), die Personenfreizügigkeit (2005, 2009), Schengen/Dublin (2005, 2009, 2019) und die Kohäsionsmilliarde (2006) obsiegten die proeuropäischen Kräfte. Die Volksinitiativen «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk»! (1997) und «Ja zu Europa»! (2001) wurden wuchtig abgelehnt; dasselbe gilt für die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)», welche die Kündigung der Personenfreizügigkeit verlangte (2020).

Demgegenüber stellte die Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» den bilateralen Weg ernsthaft in Frage (2014). Das Parlament wählte schliesslich eine «Umsetzung», welche das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht verletzt (Inländervorrang light). Es gewichtete den Grundsatz «Pacta sunt servanda» höher als den verfassungsrechtlichen Auftrag zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung, ein europapolitisch begrüssenswertes, verfassungsrechtlich aber umstrittenes Vorgehen.

Bedeutung

Die bilateralen Abkommen tragen wesentlich dazu bei, die Nachteile, welche im Nachgang zur Ablehnung des Beitritts zum EWR befürchtet wurden, zu minimieren. Schweizerische Unternehmen erhalten Zugang zum europäischen Markt. Die Schweiz profitiert von weiteren Abkommen, welche die Integration in den europäischen Rechtsraum und die Teilnahme an Agenturen und Programmen der EU ermöglichen. Auf diese Weise wirkt die Schweiz im europäischen Verwaltungsverbund mit.

Entsprechend eng ist die wirtschaftliche Vernetzung. Die Schweiz hat – als Drittstaat! – pro Kopf von allen europäischen Staaten am meisten von der Errichtung des Binnenmarktes profitiert (Bertelsmann Stiftung, 2019). Knapp 48 % aller Exporte aus der Schweiz gehen in den EU-Raum. Rund 65 % aller Importe in die Schweiz stammen aus dem EU-Raum. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem deutschen Markt, der knapp 20 % aller Exporte aus der Schweiz abnimmt und für 27 % aller Importe in die Schweiz verantwortlich zeichnet. Zurzeit wohnen mehr als 1'400'000 EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz. 330'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus der EU arbeiten in der Schweiz. Umgekehrt ist aber auch die Schweiz für die EU wichtig. In absoluten Zahlen ist die Schweiz nach China, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich die viertwichtigste Handelspartnerin der EU.

> «Die bilateralen Abkommen tragen wesentlich dazu bei, die Nachteile, welche im Nachgang zur Ablehnung des Beitritts zum EWR befürchtet wurden, zu minimieren.»

Über den unmittelbaren volkswirtschaftlichen Nutzen hinaus widerspiegelt das dichte Vertragsnetz zudem eine Geisteshaltung, wonach sich die Schweiz als Teil Europas versteht und bereit ist, einen Beitrag zur gemeinsamen Problemlösung und zum Wohlergehen auf dem Kontinent zu leisten.

Rahmenabkommen

Die EU und die Schweiz verhandeln seit 2014 über ein institutionelles Abkommen (InstA). 2018 erklärte die EU den vorliegenden Text für endgültig. Demnach ist es auf fünf Abkommen der Bilateralen I anwendbar sowie auf neue Marktzugangsabkommen, mit denen die Schweiz am Binnenmarkt teilnimmt. Das Freihandelsabkommen ist – zumindest vorderhand – nicht betroffen.

Streitigkeiten werden durch ein Schiedsgericht beurteilt. Für die Auslegung von Begriffen des EU-Rechts wird der EuGH befasst, was stimmig ist: Es handelt sich um Recht, das zwar auf die Schweiz ausgedehnt wird, wesensmässig aber EU-Recht bleibt, dessen Auslegung dem EuGH obliegt. Zudem deutet nichts darauf hin, dass der EuGH tendenziell «gegen die Schweiz» entscheiden würde. Sofern eine Partei einen Schiedsspruch nicht umsetzt, kann die andere Partei Ausgleichsmassnahmen ergreifen. Damit wird die Streitbeilegung entpolitisiert, was der Schweiz in die Hände spielt. Sie wird vor einseitigen Massnahmen der EU geschützt. Umgekehrt kann sie Ansprüche gerichtlich einfordern.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, Hand zu bieten für die Übernahme von neuen EU-Rechtsakten. Der Übernahmeprozess wird formalisiert und dynamisiert. Gleichzeitig wird das hierzulande vorherrschende Demokratieverständnis herausgefordert: Der Druck nimmt zu, Weiterentwicklungen zu akzeptieren, weil andernfalls Ausgleichsmassnahmen drohen. Die Unionsbürgerrichtlinie wird nicht erwähnt, womit damit gerechnet werden muss, dass die EU den Prozess für die Übernahme der Richtlinie auslösen wird.

Die EU und die Schweiz verfolgen gleichermassen das Ziel, die freie Erbringung von Dienstleistungen zu gewährleisten und die Arbeitnehmerrechte zu garantieren («gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort»). Die EU schlägt vor, dass die Schweiz die revidierte Entsenderichtlinie und die Durchsetzungsrichtlinie akzeptiert. Dabei soll es der Schweiz

«Das Rahmenabkommen gehört zum Preis, den die Schweiz dafür bezahlt, sektoriell mitgliedstaatsähnlich am Binnenmarkt teilzuhaben, ohne die Regeln des Clubs vollumfänglich akzeptieren zu müssen.»

erlaubt sein, risikobasiert eine Voranmeldefrist von vier Arbeitstagen und eine Kautionspflicht für fehlbare Firmen vorzusehen. Hier ist die EU der Schweiz entgegengekommen; kein anderer EU-/EWR-Mitgliedstaat verfügt über dergestalt «immunisierte» Spielräume.

Das InstA formuliert die Grundsätze, welche bei der Gewährung von staatlichen Beihilfen zu beachten sind, und verpflichtet zur Errichtung einer Überwachungsbehörde. Diese Beihilferegeln werden in der Schweiz einen Paradigmenwechsel bewirken, wenn das Freihandelsabkommen modernisiert und dem InstA unterstellt werden sollte. Mit Ausnahme des Beihilferechts sind die Parteien aber weiterhin selbst für die Durchführung, die Überwachung und den Rechtsschutz zuständig (Zweisäulenprinzip), ein vorteilhaftes Resultat für die Schweiz.

Der Bundesrat bekräftigte seine positive Einschätzung des vorliegenden Texts. Gleichzeitig verlangt er Klärungen in drei Bereichen: i) Gewährleistung des Lohnschutzes; ii) Nichtübernahme der Unionsbürgerrichtlinie; iii) Nichtanwendbarkeit der Beihilferegeln auf das Freihandelsabkommen. Während eine Klärung in Bezug auf den letzten Punkt möglich scheint, sind die Fronten beim Lohnschutz und bei der Unionsbürgerrichtlinie verhärtet. Hier wird die EU der Schweiz kaum umfassend entgegenkommen.

Am Scheideweg

Damit steht die Schweiz vor einem wegweisenden Entscheid. Es geht darum, mit einem neuen institutionellen Rahmen die Voraussetzungen für die Fortführung des bilateralen Wegs zu schaffen. Das InstA stellt den bilateralen Acquis auf eine solide Grundlage und trägt zu seiner weiteren Verrechtlichung bei. Es gehört zum Preis, den die Schweiz dafür bezahlt, sektoriell mitgliedstaatsähnlich am Binnenmarkt teilzuhaben, ohne die Regeln des Clubs vollumfänglich akzeptieren zu müssen. Die EU verlautete, dass sie ohne InstA nicht bereit ist, die geltenden Abkommen aufzudatieren (z.B. Medizinaltechnik), Hand zu bieten für Kooperationen in weiteren Bereichen (z.B. Börsenäquivalenz, Horizon Europe, Kultur, Gesundheit) und neue Abkommen über die Beteiligung am Binnenmarkt abzuschliessen (z.B. Stromabkommen). Bei einem Scheitern des InstA besteht die Gefahr, dass der bilaterale Weg erodiert; das ist keine verlockende Perspektive.

Eine tragfähige Alternative ist nicht in Sicht. Vereinzelt wird gefordert, den Rückbau des bilateralen Acquis zu einem – allenfalls modernisierten – Freihandelsabkommen zu prüfen. Ein solches Arrangement würde zwar erlauben, institutionell weiterhin nach klassisch völkerrechtlichen Mustern zu verfahren. Es würde den Bedürfnissen der hiesigen Wirtschaft allerdings kaum angemessen Rechnung tragen. Auch wäre eine enge Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen – wie Personenfreizügigkeit und Schengen/Dublin – nicht möglich. Die Scheidungsverhandlungen der EU mit dem Vereinigten Königreich haben gezeigt, dass die EU gegenüber Drittstaaten weiterhin konsequent auftritt und ihnen nur eine mitgliedstaatsähnliche Beteiligung am Binnenmarkt gewährt, wenn sie den Grundsatz der Unteilbarkeit der Grundfreiheiten und das institutionelle Credo des «Form Follows Function» respektieren; es gibt «kein Rosinenpicken» (Europäischer Rat, 2017). Die Schweiz tut gut daran, sich dieser Grundsätze bewusst zu sein.

Schweizer Industrie profitiert vom europäischen Binnenmarkt

Die Schweizer Industrie besitzt in wichtigen Exportbereichen quasi gleich lange Spiesse im Vergleich zur Konkurrenz in der EU. Doch die Regelung hängt an den bilateralen Verträgen. Ein Wegfall hätte schwerwiegende Konsequenzen.

TEXT: YVONNE VON HUNNIUS

Yvonne von Hunnius
ist Politologin. Als Chefredaktorin und Wirtschaftsredaktorin bei der Nachrichtenagentur Café Europe in Winterthur beschäftigt sie sich hauptsächlich mit Innovationsthemen.

Bei der Vermarktung eines Grossteils der Schweizer Industrieprodukte in Europa hat die Schweiz einen Trumpf in der Hand: den diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt, CE-Zertifizierungen werden direkt in der Schweiz vergeben. Basis hierfür ist seit 2002 das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA). Es ist Bestandteil der Bilateralen I. Nun stellt die Blockade der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen auch das MRA in Frage: Bis dieses Abkommen steht, will Brüssel das MRA nicht mehr an neue EU-Regelungen anpassen. Damit droht eine Branche nach der anderen diesen diskriminierungsfreien Zugang zu verlieren.

Binnenmarkt-Zugang ist essenziell

Geht es nicht vielleicht auch ohne MRA? «Diese Regelung ist enorm wichtig für Hightech-Unternehmen – gerade in Bereichen, in denen die Schweiz technologisch vorne ist wie bei intelligenten Systemen», sagt Roland Siegwart, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und Mitgründer des Robotik-Start-ups Sevensense. Er sieht Vorteile im Marktzugang und in der Effizienz durch eine Schweizer Zertifizierung. Aus dem von ihm geleiteten Autonomous Systems Lab (ASL) an der ETH sind mehr als ein Dutzend Spin-offs hervorgegangen. Laut Siegwart hilft das MRA Schweizer Jungunternehmen, im Land zu bleiben.

Seit mehr als 200 Jahren in Zürich zu Hause ist der global tätige Maschinenbaukonzern MAN. Mit rund 800 Mitarbeitenden ist MAN Energy Solutions Schweiz hier der grösste industrielle Arbeitgeber. Laut Managing Director Patrik Meli ist das MRA wichtiger Bestandteil der Standortstrategie. «Es ermöglicht uns einen fairen Wettbewerb mit europäischen Konkurrenten», so Meli. Das bringe Effizienz und spare Kosten bei der Kommerzialisierung der Technologielösungen.

Faire Marktbedingungen sind entscheidend auch für Medela Schweiz aus Baar ZG. Der führende Anbieter von Stillzubehör und medizinischer Vakuumtechnologie ist in mehr als 100 Ländern aktiv. Medela-COO Thomas Ertl sagt: «Die Kommerzialisierung unserer Produkte auf dem europäischen Markt ist für Medela zentral. Als Unternehmen mit Sitz und Produktionsstandort in der Schweiz ermöglicht uns das MRA einen schnelleren und besseren Marktzugang.»

MRA als Handelsbeschleuniger

Das MRA betrifft einen erheblichen Teil der Exportwirtschaft. 2019 hat die Schweiz Waren im Wert von 124 Milliarden Franken in die EU exportiert, 51% aller Exporte. Das MRA erfasst davon schätzungsweise Exporte im Wert von 74 Milliarden Franken. Wenn das MRA nicht mehr greift, dann müssen Schweizer Unternehmen ihre Produkte auch in den EU-Ländern zertifizieren lassen. Das ist aufwendig und kostet. WTO-Abkommen schaffen da keine Abhilfe.

Quelle: Direktion für europäische Angelegenheiten DEA; Stellungnahmen des Bundesrates; Die Volkswirtschaft

HOTEL EUROPE
HOTEL EUROPE
MAX OTTO
ROMANTIK HOTEL
DAS HOTEL

Drei Fragen an …

© Markus Jegerlehner

Ignazio Cassis
Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Wie wird die Schweiz in Europa wahrgenommen?
Die Wahrnehmung ist vielfältig! Nimmt man Imagestudien zur Hand, steht die Schweiz unter anderem für einen starken Wirtschaftsstandort, ein reibungslos funktionierendes politisches System oder einen ausgezeichneten Forschungs- und Bildungsstandort. Geografisch liegt die Schweiz in der Mitte Europas, sie ist kulturell und historisch in Europa eingebettet. Gerade mit den Nachbarländern, mit denen wir auch unsere Sprachen teilen, sind wir gesellschaftlich eng verbunden. Grenzgebiete sind Gesellschaftsräume. Eine hohe Reputation geniesst die Schweiz auch als wichtige Akteurin im humanitären Bereich.

Weshalb ist ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU wichtig?
Das Ziel des Bundesrates in der Europapolitik besteht darin, gute Beziehungen mit den Nachbarländern – ja mit der ganzen EU – zu haben, sowohl wirtschaftlich wie auch in vielen Bereichen der Kooperation (Gesundheit, Wissenschaft, Kultur, Bildung usw.). Der seit 1999 gewählte bilaterale Weg ermöglicht der Schweizer Wirtschaft einen guten Zugang zum EU-Binnenmarkt sowie Rechts- und Planungssicherheit. Dabei behält die Schweiz eine weitgehende Eigenständigkeit. Der Bundesrat will diesen bilateralen Weg mit der EU auf eine langfristige, solide Basis stellen und dessen Weiterentwicklung ermöglichen. Hier kommt das institutionelle Abkommen (InstA) ins Spiel. Beim InstA geht es um einen bilateralen Vertrag mit der EU, der den Schweizer Binnenmarktzugang in den fünf wichtigsten bestehenden Sektoren konsolidiert und in ausgewählten Sektoren (z. B. Strommarkt) ausbauen will. Diesen Vertrag kann man als Öl im Getriebe des bestehenden Vertragswerks bezeichnen. Dabei sollen institutionelle Fragen der Rechtsharmonisierung, der Rechtsüberwachung und der Streitbeilegung geklärt werden. Basierend auf dem Abkommensentwurf vom Dezember 2018 hat der Bundesrat im November 2020 seine Position festgelegt und sucht nun mit der EU Lösungen in den offenen Punkten.

> «Bei jedem ‹Zweifränkler›, den Sie in Ihrem Portemonnaie haben, werden 60 Rappen in den EU-Ländern verdient.»

Starke und reibungslose Handelsbeziehungen der Schweiz mit Europa sind wichtig für die Wirtschaft. Wünschten Sie sich entsprechend mehr politisches Engagement der Schweizer Unternehmer in diesem Thema?
Das InstA betrifft ausschliesslich die fünf Marktzugangsabkommen der Bilateralen I. Das Interesse der Wirtschaft ist somit eine Voraussetzung für diese Verhandlung. Als Teil unserer politischen Landschaft sollen sich Unternehmen klar in die Debatte einbringen. Wirtschaft heisst Wohlstand: Somit ist ein ungehinderter Marktzugang zur EU wichtig für die ganze Bevölkerung. Bei jedem «Zweifränkler», den Sie in Ihrem Portemonnaie haben, werden 60 Rappen in den EU-Ländern verdient. Verlieren wir den Marktzugang, wird das Zweifrankenstück empfindlich kleiner. Die EU ist aber nicht nur unsere wichtigste Handelspartnerin, sondern auch eine zentrale Partnerin in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Das Interview mit Bundesrat Ignazio Cassis wurde am 1. März 2021 geführt.

Prof. Dr. Andreas Kellerhals
Direktor Europa Institut an der Universität Zürich (EIZ)

Wie beurteilen Sie die Stabilität der EU mittel- und langfristig?
Bei der Realisierung ihrer Ziele war die EU bisher trotz allem sehr erfolgreich. Europa ohne EU wäre nicht besser, sondern schlechter dran. Daher hat die Schweiz ein grosses Interesse an einer stabilen EU. Zur europäischen Integration gibt es keine Alternative, daher bin ich überzeugt, dass die EU intern zwar weiter streiten, aber sowohl mittel- als auch langfristig stabil und der Austritt UK ein Einzelfall bleiben wird.

Sehen Sie Gemeinsamkeiten zwischen den Verhandlungen der EU mit UK und der Schweiz?
Gemeinsam ist der Versuch zweier Drittstaaten, einen vertraglichen Zugang zum Binnenmarkt der EU zu sichern. Während UK dabei aber auf eine Integration in den Binnenmarkt verzichtet und «nur» ein Freihandelsabkommen anvisierte, hat die Schweiz ein solches bereits seit 1972. Der Schweiz geht es aufgrund ihrer geografischen und wirtschaftlichen Lage heute um mehr. Von den Briten können wir allenfalls lernen, gute Nerven zu behalten.

Welche Rolle wird die Schweiz in Europa in den nächsten Jahren spielen?
Die Schweiz dürfte weiterhin in allen Gremien, in denen sie dabei ist, eine aktive und konstruktive Rolle spielen. Beziehungen zu neuen Partnern (UK) sind zu stärken. Zentral aber muss der Fokus auf unserem wichtigsten Partner (EU) sein. Wir stehen uns kulturell und geografisch am nächsten. Sollte kein Rahmenabkommen zustande kommen, müsste die Schweiz (bisher noch fehlende) Alternativen aufzeigen können.

Dr. Annette Luther
Secretary to the Board of Directors F. Hoffmann-La Roche AG, Basel

Sehr rasch konnten in der Corona-Krise Impfstoffe entwickelt und produziert werden. Was braucht es, damit Pharmaunternehmen weltweit agieren können?
Die Pandemie hat eindrücklich bewiesen, dass unsere Industrie schnell und unbürokratisch reagieren kann: Tests und Impfstoffe wurden in Rekordzeit verfügbar gemacht. Neben guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind offene Grenzen und grenzüberschreitende Warenflüsse zentral, um die Bevölkerung mit Tests, Impfstoffen und Medikamenten zu versorgen.

Die weltweite Durchimpfung ist unter anderem auch deshalb wichtig, damit Unternehmen wieder einfacher global tätig sein können. Bis wann sehen Sie dies als erreichbar?
Covid-19 wird nicht einfach verschwinden, daher brauchen wir neben den Impfungen gute Teststrategien und Medikamente. Unser Ziel ist es, Entwicklung, Produktion und den gerechten weltweiten Zugang von Tests, Medikamenten und Impfstoffen zu sichern, damit wir möglichst bald in eine neue Normalität gelangen.

Wie wichtig sind stabile Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aus Sicht der Pharmabranche?
Langfristig stabile Beziehungen zur EU sind für uns als grösste Schweizer Exportindustrie essenziell. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt und die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge ein, zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts.

Einsatz der ZHK für die Wirtschaft

Stabile Beziehungen zur Europäischen Union sind für die ganze Schweiz, aber besonders für Zürich als Kanton mit der grössten Wirtschaftsleistung unerlässlich. Dass es dafür aber auch einige Herausforderungen zu meistern gilt, zeigen verschiedene politische Ereignisse im Jahr 2020, bei denen sich die ZHK nachhaltig einbrachte.

2019 gingen 48% der Schweizer Warenexporte in die EU und umgekehrt stammten 65% der Schweizer Warenimporte aus der EU. Damit wurden mit der EU täglich Waren im Umfang von 1 Milliarde Franken ausgetauscht. Das macht die EU zum wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Aber auch in anderen Bereichen sind wir auf eine tragfähige Zusammenarbeit mit unserem grossen Nachbar, der EU, angewiesen – sei dies im Luftverkehr oder im Bereich Bildung und Forschung. Dies gilt insbesondere für den stark international geprägten Wirtschaftsraum Zürich, welcher vielen international tätigen Unternehmen, dem Interkontinentalflughafen sowie mehreren renommierten Bildungsinstitutionen als Standort dient.

Engagement der ZHK für zuverlässige und starke Beziehungen mit der EU

In Anbetracht der enormen Bedeutung der EU für die Schweiz und besonders für den Kanton Zürich setzt sich die ZHK für zuverlässige und starke Beziehungen mit der EU ein, welche günstige Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit sowohl für den Aussenhandel, den Luftverkehr als auch die Bildung und Forschung schafft. Dafür engagiert sie sich auf verschiedenen Ebenen.

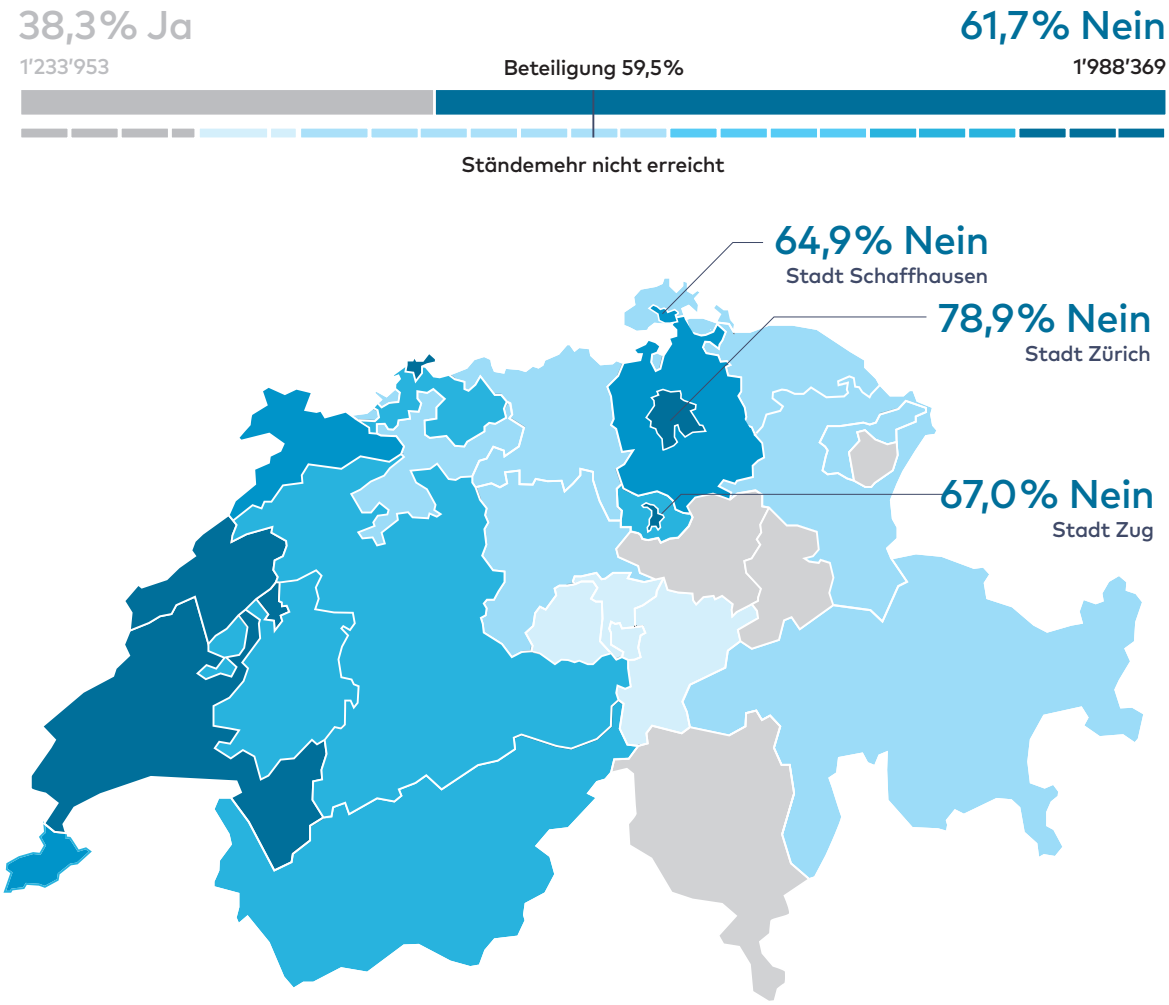
Empfehlungen zu Volksentscheiden

Ein wichtiger Teil dieses Engagements der ZHK ist es, bei entsprechenden Volksabstimmungen den Interessen der Zürcher Wirtschaft Gehör zu verschaffen. Mit der Begrenzungs- bzw. Kündigungsinitiative der SVP stand am 27. September 2020 auf nationaler Ebene eine hochbrisante Abstimmung mit Bezug zur Europapolitik auf der Agenda. Bei einer Annahme der Initiative hätte der Bundesrat das mit der EU geschlossene Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen müssen. Zusätzlich wären mit der Aufhebung des Freizügigkeitsabkommens auch alle sechs übrigen Abkommen der Bilateralen I dahingefallen, da alle Abkommen der Bilateralen I über die sogenannte Guillotine-Klausel miteinander verbunden sind.

ZHK-Direktorin und Nationalrätin Regine Sauter wies bereits in der Diskussion im Parlament im Jahr 2019 auf die schädlichen Auswirkungen der Initiative hin. Im Vorfeld der Abstimmungen sprach sich dann auch die ZHK deutlich gegen die Initiative aus. So hätte die Schweiz bei einer Annahme der Initiative in einer sowieso schon unsicheren Zeit aufgrund der Corona-Pandemie einen ungeregelten Zustand mit der EU in wichtigen Bereichen (u.a. technische Handelshemmnisse, Luftverkehr oder Forschung) riskiert.

Die letztlich sehr deutlich ausfallende Ablehnung der Initiative nahm die ZHK erfreut zur Kenntnis. Daraus lässt sich schliessen, dass sich das Schweizer Stimmvolk der Wichtigkeit einer stabilen Beziehung zur EU bewusst ist (siehe Grafik S. 15 oben).

Schlussresultat: Abstimmung zur Begrenzungsinitiative



Auf Seite 17 befindet sich eine vollständige Übersicht über die wirtschaftspolitischen Abstimmungen mit Engagement der ZHK.

Stimme der Wirtschaft bei internationalen Abkommen

Auch bei internationalen Abkommen bringt sich die ZHK als Stimme der Wirtschaft aktiv ein. In der Europapolitik dominiert seit langem das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU (InstA) die politische Diskussion. Bereits im März 2019 hat die ZHK im Rahmen der Konsultation des Bundesrates zum mit der EU ausgehandelten Text offiziell Stellung bezogen. Die ZHK hielt damals klar fest, dass das InstA im langfristigen Interesse unseres Wirtschaftsstandorts liegt und damit dem Erhalt unseres Wohlstands dient. Einerseits stellt es die bilateralen Verträge, die allmählich zu erodieren drohen, auf ein rechtlich stabiles Fundament und andererseits ermöglicht es, auch in Zukunft neue Abkommen mit der EU abschliessen zu können. Aufgrund der Begrenzungsinitiative wurden die Verhandlungen jedoch zuletzt ausgesetzt und die vom Bundesrat nach der Konsultation angestrebten Klärungen blieben aus. Angesichts der erfolgreichen Bekämpfung der Begrenzungsinitiative forderte die ZHK schliesslich im Herbst 2020 rasches Handeln vom Bundesrat. Offene Punkte sind mit den Vertragspartnern zügig zu lösen, um Rechts- und Planungssicherheit für die Wirtschaft zu schaffen.

Vernetzung mit europäischen Industrie- und Handelskammern

Für die ZHK ebenfalls bedeutsam ist die internationale Vernetzung – vor allem innerhalb von Europa. Mit über 60 anderen Industrie- und Handelskammern ist sie beispielsweise Mitglied der Union europäischer Industrie- und Handelskammern für Verkehrsfragen (UECC).

Im März 2020, kurz vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, tagte die UECC in Zürich und befasste sich mit Problemstellungen in der Luftfahrt. So ist der europäische Luftraum während normaler Zeiten mit Kapazitätsproblemen konfrontiert. Damit verbunden sind Verspätungen im Luftverkehr, was sowohl der Erreichbarkeit der Wirtschaftsstandorte als auch der Sicherung der Lieferketten abträglich ist. Das Projekt Single European Sky, welches hier Abhilfe schaffen könnte, kommt jedoch nicht voran. Daher forderte die UECC auf Antrag der ZHK in einer Resolution die rasche Umsetzung des Projekts. In einer zweiten Resolution ebenfalls auf Antrag der ZHK verlangte die UECC zudem eine Klimapolitik im Luftverkehr, die auf einer weltweiten Umsetzung des globalen CO_2-Kompensationssystems der Luftbranche (CORSIA) aufbaut, Doppelbelastungen verhindert und Rahmenbedingungen schafft, welche die Verwendung von alternativen Treibstoffen sowie umweltfreundlichen Technologien im Luftverkehr begünstigen.

Kontaktpflege zu Mitgliedern

Schliesslich ist es der ZHK ein Anliegen, den Austausch mit ihren Mitgliedern zu pflegen. Im Rahmen eines ZHK-Lunch-Talks wurden die von der Corona-Pandemie verursachten Risiken für Auslandsgeschäfte thematisiert, wovon natürlich auch Geschäfte mit der EU betroffen sind. Alberto Silini von Switzerland Global Enterprise, der offiziellen Schweizer Organisation für Export- und Standortortförderung, verwies unter anderem auf die von der Corona-Krise hervorgerufenen Nachfrageeinbrüche und die fehlende Erwartungssicherheit. Zudem nannte er notwendige Massnahmen für eine erfolgreiche Krisenbewältigung bei Unternehmen wie zum Beispiel das Vorantreiben der Digitalisierung, die Anpassung des Geschäftsmodells oder das Überdenken der Wertschöpfungskette. Christoph Leuenberger von der Credit Suisse schlussfolgerte seinerseits, dass der Umgang mit Risiken frühzeitig geplant werden muss. ZHK-Direktorin und Nationalrätin Regine Sauter betonte letztlich die Verantwortung der Politik, mit internationalen Abkommen wie etwa dem InstA mit der EU für Verlässlichkeit im internationalen Geschäft zu sorgen.

Wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmungen 2020

	PAROLE ZÜRCHER HANDELSKAMMER	ABSTIMMUNGS-RESULTAT
Abstimmungen vom 9. Februar 2020		
Schweiz		
– Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen»	**NEIN**	**NEIN**
Kanton Zürich		
– Kantonale Volksinitiative vom 14. Dezember 2016 «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen»	**NEIN**	**NEIN**
– Kantonale Volksinitiative vom 16. August 2017 «Mittelstands-initiative – weniger Steuerbelastung für alle»	**JA**	**NEIN**
– Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich; Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits vom 25. März 2019	**JA**	**NEIN**
– Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen vom 25. März 2019 (PTLG)	**NEIN**	**JA**
Abstimmungen vom 27. September 2020		
Schweiz		
– Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung»	**NEIN**	**NEIN**
– Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)	**JA**	**NEIN**
– Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz)	**NEIN**	**JA**
Kanton Zürich		
– Strassengesetz (Änderung vom 18. November 2019, Unterhalt von Gemeindestrassen)	**NEIN**	**JA**
Abstimmungen vom 29. November 2020		
Schweiz		
– Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»	**NEIN**	**NEIN**
– Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»	**NEIN**	**NEIN**

2020 – unser Jahresbericht in Kürze

Im Rahmen der Vernehmlassung zur kantonalen Mehrwertausgleichsverordnung fordert die ZHK Verbesserungen an der Vorlage. Insbesondere beantragt sie, dass für die Ermittlung der für die Mehrwertabgabe massgebenden Verkehrswerte eine individuelle Schätzung als Regelfall vorzusehen ist. Dies verhindert die Gefahr von willkürlichen und für die Beteiligten nicht nachvollziehbaren Bewertungen.

Februar

Die Zürcher Wirtschaft erlebt einen bitteren kantonalen Abstimmungssonntag. Sowohl die Ablehnung der Mittelstandsinitiative der Jungfreisinnigen und des Gesamtprojekts Rosengartentram und -tunnel als auch die Annahme des Taxigesetzes schwächt die Standortattraktivität des Kantons. Einzig positiv an der Abstimmung ist das deutliche Nein zur Steuerinitiative der Jungsozialisten.

März

Die ZHK unterstützt das Corona-Massnahmenpaket des Zürcher Regierungsrates. In einer Stellungnahme zur Vernehmlassung der Änderung des Ausländergesetzes äussert sie sich kritisch zu den vorgeschlagenen Massnahmen wie neuen baulichen Pflichten für Flughafenbetreiber. Diese würden zu Wettbewerbsnachteilen für Schweizer Flughäfen gegenüber der Konkurrenz im nahen Ausland führen.

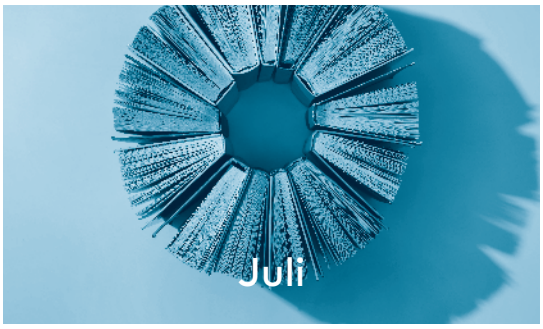
April

In einem Positionspapier zeigt die ZHK Massnahmen auf, die eine lang anhaltende Rezession verhindern sollen. Das Forum Zürich fordert den Bundesrat in einem offenen Brief zu mehr Vertrauen in die Unternehmen auf. Zudem unterstützt die ZHK das Forschungsprogramm zur Bestimmung der Corona-Immunität in der Schweiz.

Mai

Zehn Handelskammern in der Schweiz, Deutschland und Österreich fordern die sofortige Öffnung der Landesgrenzen. Die ZHK kritisiert den gewählten planwirtschaftlichen Ansatz der Vorlage zur Revision des Energiegesetzes. Erfreulich ist, dass der Zürcher Kantonsrat den Beiträgen für die Greater Zurich Area für die Jahre 2020–2023 zustimmt. Die ZHK geht eine Kooperation mit B Lab Schweiz ein. B Lab ist eine NGO, welche Unternehmen hilft, ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Die ZHK befürwortet die Reform der Verrechnungssteuer im Grundsatz. Sie kritisiert jedoch das vorgeschlagene Zahlstellenmodell. Die Generalversammlung der ZHK findet zum ersten Mal in ihrer Geschichte online statt. Die ZHK unterstützt den Gegenvorschlag zur Konzern- bzw. Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI).



Die ZHK setzt sich für die Privatisierung der EB Zürich (Kantonale Schule für Berufsbildung) ein und befürwortet das Projekt Gymnasium 2022. Das Wirtschaftsbündnis Stuttgart–Zürich fordert, dass endlich Bewegung in die Planungen für den Ausbau der Schienenachse zwischen den beiden Städten kommt. Bei den nationalen Abstimmungen plädiert die ZHK für ein Nein zum Vaterschaftsurlaub und ein Ja zum höheren Abzug der Kinderdrittbetreuungskosten.

August

Die Schiedsorganisation der Schweizer Handelskammern SCAI wird als Ombudsstelle für Finanzdienstleistungen anerkannt und bietet nun allen Interessenten im Bereich von Finanzdienstleistungen spezifische Mediationsdienstleistungen an. Die ZHK setzt sich klar gegen die Kündigungsinitiative der SVP ein.

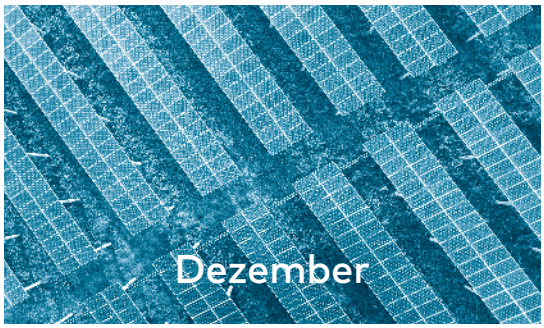
September

Die ZHK begrüsst den Plan B des Regierungsrates in Bezug auf die Realisierung des Innovationsparks. Auch unterstützt die ZHK in einer Stellungnahme die Massnahmen zum Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener. Beispielsweise soll der Kanton neu auch eigene Angebote zur Förderung der Berufsbildung entwickeln und fördern können. An einem Lunch Talk erfahren ZHK-Mitglieder, wie sie Nachhaltigkeit als Wettbewerbsfaktor einsetzen können.

Die ZHK fordert eine Verbesserung der Corona-Testmöglichkeiten und des Contact-Tracing. Zudem spricht sie sich klar für den Abschluss eines Rahmenabkommens mit der EU aus. Am Lunch Talk zum Thema Risikomanagement findet ein Austausch über Ansätze und Lösungen zur Absicherung internationaler Geschäfte statt.

November

Die wirtschaftsschädliche Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI) wird von den Ständen dank überzeugender Gegenkampagne abgelehnt. Damit tritt automatisch der moderatere und zielführende Gegenvorschlag in Kraft. Zudem legen die Schweizer Stimmbürger auch ein Nein zur wirkungslosen Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» in die Urne.



Die ZHK begrüsst den direkten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Dieser nimmt die wichtigsten Forderungen der Initianten auf, jedoch mit Rücksicht auf die Wirtschaft. Die ZHK unterstützt zudem das CO_2-Gesetz und stellt sich gegen ein Referendum. Das erste Online-Politcafé zeigt auf, was der indirekte Gegenvorschlag zur UVI für Unternehmen bedeutet.

Dienstleistungen der Zürcher Handelskammer

Die Zürcher Handelskammer erbringt seit 148 Jahren verschiedene Dienstleistungen für exportierende Unternehmen und unterstützt diese beim Erstellen von Exportdokumenten und Zollformalitäten. In Schulungen informiert die ZHK zudem über Entwicklungen bei Freihandelsabkommen, Warenursprung, Zollabwicklung und vieles mehr.

Beglaubigungsdienst

Der ZHK-Beglaubigungsdienst stellt sogenannte Ursprungsbeglaubigungen bzw. Ursprungszeugnisse aus. Diese Dokumente belegen den Ursprung einer Ware, was eine im internationalen Güterverkehr ausschlaggebende Information ist. Denn je nach Ursprung werden Waren unterschiedlich behandelt und bewertet.

Carnets ATA

Das Carnet ATA ist als Reisepass für Waren zu verstehen, der die vorübergehende Ein- und die Wiederausfuhr in andere Länder ermöglicht. Es ist ein internationales Zolldokument, das in rund 70 Ländern anerkannt und ein Jahr gültig ist. Es kommt zum Beispiel für Berufs- und Sportausrüstung oder Messe- und Ausstellungsgüter zur Anwendung. Unternehmen, die Mitglied der ZHK sind, profitieren von Sonderkonditionen und müssen keine Kaution hinterlegen. Der Rückgang von rund 50 % bei der Ausstellung von Carnets ATA im Berichtsjahr ist pandemiebedingt und hauptsächlich auf den Ausfall sämtlicher Messen auf der ganzen Welt zurückzuführen.

CITES

CITES ist eine internationale Handelskonvention, die eine nachhaltige Nutzung der Tier- und Pflanzenpopulationen zum Ziel hat. CITES richtet sich zum Beispiel an Exporteure der Uhren- und Lederindustrie, die mit gefährdeten Tieren und deren Derivaten hantieren. Die ZHK beglaubigt im Auftrag des Bundesamtes für Veterinärwesen CITES-Zertifikate.

STATISTIKEN BEGLAUBIGUNGSDIENST 2020

8,1 Mrd.
WARENWERT BEGLAUBIGUNGEN

44'012
ANZAHL BEGLAUBIGUNGEN

198 Mio.
WARENWERT CARNETS ATA

2'465
ANZAHL CARNETS ATA

15 %
WENIGER CITES ALS 2019

Giulia Bonaldi
Verantwortliche Wirtschaftswochen Zürcher Handelskammer

Wirtschaftswochen während der Covid-19-Pandemie

Wer hätte im Februar vor einem Jahr gedacht, dass wir von einer Pandemie betroffen sein würden, die über ein Jahr lang verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit, das Zusammenleben der Menschen und die Wirtschaft haben würde? Welche Auswirkungen hatte dies alles auf das Wirtschaftswochenjahr 2020?

Die Planung des Wirtschaftswochenjahres beginnt in der Regel bereits im Herbst des Vorjahres. Im Februar 2020 fand noch wie geplant die erste Wirtschaftswoche (WIWO) mit einer Klasse der Kantonsschule Freudenberg am Hauptsitz der Zurich-Versicherungen in Oerlikon statt. Der Verlauf dieser Wirtschaftswoche war noch ein voller Erfolg.

Premiere nach fast 20 Jahren

Im April folgte dann die Absage der grössten Wirtschaftswoche des Jahres mit fünf Klassen des Literargymnasiums Rämibühl. Die Enttäuschung war gross: Im beliebten Centro Magliaso im Tessin, wo wir seit Jahren unsere grossen WIWO abhalten, war alles geplant und bereit, uns zu empfangen. Die Vorbereitungen hatten das Centro-Team, die Fachlehrer, Schullehrer und Organisatoren viel Zeit gekostet. Doch der nationale Lockdown verhinderte zum ersten Mal seit fast 20 Jahren die Durchführung der von den Schülerinnen und Schülern begehrten Wirtschaftswochen.

Nicht aufgeben und kreativ bleiben

Auch wenn wir nicht alle Wirtschaftswochen wie geplant durchführen konnten, setzten wir unsere Arbeit trotz der widrigen Situation mit viel Einfallsreichtum, Flexibilität, Geduld und auch Glück fort.

So hatten wir zum Beispiel Glück, als wir das Startup-Unternehmen Institut für Jungunternehmen AG (IFJ) in Schlieren als neuen Standort gewinnen konnten. In der ersten Dezemberwoche konnten wir dort unsere letzte WIWO mit 28 Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule Stadelhofen abhalten.

Wir waren auch dann erfinderisch, als die Schulleitung der Kantonsschule Enge beschlossen hatte, alle externen Veranstaltungen abzusagen. Es wurde sofort nach neuen Möglichkeiten gesucht, um diese WIWO mit 75 Schülern zu retten. Und wir hatten wieder Glück, als die Schulleitung die Möglichkeit prüfte, diese drei WIWO in der Schule selbst abzuhalten – mit Erfolg.

Was haben wir gelernt?

Es war grossartig, wie sich alle Beteiligten und Institutionen engagierten: Die Ernst Schmidheiny Stiftung wurde sofort aktiv und bot den Schulen neue Tools und Alternativen an, um eine WIWO online durchführen zu können.

Das Thema WIWO online löste eine grosse Diskussion auch unter den Fachlehrern aus: Eine Wirtschaftswoche online durchführen? Wie soll das gehen? Rein technisch wäre es wohl möglich. Wir sind allerdings der Ansicht, dass die Wirtschaftswochen weiterhin von der Präsenz und dem direkten Austausch zwischen allen Beteiligten leben. Der persönliche Kontakt zwischen den Schülern und den Fachlehrern, die Interaktion und die Diskussionen, die in den Gruppenräumen stattfinden, machen die Wirtschaftswochen zu dem, was sie sind: eine einzigartige Erfahrung, die als solche prägt und stets in Erinnerung bleiben wird.

Kommunikation

Als «Stimme der Wirtschaft» informiert die Zürcher Handelskammer crossmedial sowohl über sämtliche klassischen als auch die modernen Kommunikationskanäle.

ZHK digital und Publikationen
Die «Stimme der Wirtschaft» wird von den Mitgliedern nach wie vor geschätzt. In dieser berichtet die ZHK zehnmal jährlich über aktuelle, wirtschaftspolitische Themen. Seit April 2020 wird auch zweimal wöchentlich eine digitale Ausgabe versendet, weil die Adressaten vermehrt im Homeoffice arbeiten. Zusätzlich zur traditionellen «Mini-Zeitung» verschickt die ZHK mehrmals jährlich einen Newsletter zu wirtschaftspolitischen Themen, zu Serviceleistungen und zu exklusiven Angeboten für Mitglieder.

Medienarbeit und Social Media
Über gezielte Öffentlichkeitsarbeit hilft die Zürcher Handelskammer mit, das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu fördern. Darum veröffentlicht die ZHK laufend Medienmitteilungen zu wirtschaftspolitischen Themen, Abstimmungen und weiteren relevanten gesellschaftspolitischen Angelegenheiten. Auch 2020 berichteten mehrere regionale und nationale Zeitungen und Zeitschriften über die Aktivitäten der ZHK. Darüber hinaus kann die ZHK mittlerweile auf eine treue «Social-Media-Followerschaft» auf diversen Plattformen zählen. Likes und weitere Followers sind jederzeit herzlich willkommen.

Firmenwiki der ZHK-Mitglieder
Seit 2018 ist das ZHK-Firmenwiki (Fiwi) online. Das Firmenwiki enthält Nachrichten der Unternehmen, welche Mitglied bei der Zürcher Handelskammer sind. Das Firmenwiki macht die Nachrichten über den Erscheinungstag hinaus zugänglich und zeigt die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zürich auf. Alle Nachrichten befinden sich auch auf der Seite der Zürcher Handelskammer im Bereich Mitgliedernews. Diese Dienstleistung ist eine Plattform, die ZHK-Mitglieder für ihre eigene Unternehmenskommunikation nutzen können. Im Fiwi sind Nachrichten über den Erscheinungstag hinaus zugänglich. Pro Woche erscheinen rund 10–15 Mitteilungen, deren Inhalt durch die Nachrichtenagentur Café Europe redaktionell aufbereitet wird: www.zhk.ch/fiwi.

ZHK-Imagefilm
Die Dienstleistungen und Angebote der ZHK sind vielseitig. Ein Besuch auf der Website lohnt sich. Um jedoch einen schnelleren Überblick zu bekommen, kann man sich auch einfach zwei Minuten zurücklehnen und den Imagefilm starten: www.zhk.ch/imagefilm.

2020 IN ZAHLEN

>780
MEDIENKONTAKTE

~42'000
WEBSITE-USER

>137'000
TWITTER IMPRESSIONS

~600
TWITTER FOLLOWERS

>18'000
LINKEDIN IMPRESSIONS

~500
LINKEDIN FOLLOWERS

>500
YOUTUBE VIEWS

Suche
Zürcher Handelskammer
Stimme der Wirtschaft Zürich Schaffhausen Zug
Politische Organisationen · Zürich · 500 Follower
Alle 11 Beschäftigten auf LinkedIn ansehen
+ Folgen
Zur Website
Mehr
Info
Beiträge
Jobs
Personen
Videos
Info
Beiträge
Alle Details anzeigen
Zürcher Handelskammer
Eine Mitgliedschaft bei der Zürcher Handelskammer hat viele Vorteile
Die ZHK – ein starker Partner für die Unternehmen
Am 25. März 2021 findet ein weiteres Online-Policafé zum Thema «Sustainab
Einladung zum Online-Policafé: Sustainable Finance

Interessenvertretung durch Vernetzung

Die ZHK pflegt die Vernetzung mit Politikerinnen und Politikern auf eidgenössischer, kantonaler und städtischer Ebene, wobei ZHK-Vorstandsmitglieder im Kantons-, Stände- und Nationalrat vertreten sind und in letzterem auch die Direktorin einen Sitz innehat. Stetiger Austausch besteht mit anderen Wirtschaftsverbänden, mit der öffentlichen Verwaltung und weiteren Institutionen. Die ZHK ist tragender Pfeiler des Forums Zürich – der Plattform aller Zürcher Wirtschaftsverbände – und führt dessen Sekretariat. Auch mit ihren Mitgliedern pflegt die ZHK einen regen Kontakt, unter anderem mit regelmässigen Treffen von Public-Affairs-Verantwortlichen. Weiter ist sie an den periodisch stattfindenden Gesprächen «Parteien – Wirtschaft» beteiligt. Durch ihre Direktorin istdie ZHK in den Stiftungsräten der Greater Zurich Area, des Technoparks sowie im Vorstand des Europa Institut der Universität Zürich vertreten. Enge Beziehungen bestehen zum Wirtschaftsdachverband economiesuisse, wo ZHK-Vertreter in Vorstand, Geschäftsführerausschuss, Kommissionen und Arbeitsgruppen mitarbeiten. Auf europäischer Ebene nimmt die ZHK Einsitz in einen Ausschuss der Union of European Chambers of Commerce (UECC). Die ZHK unterhält zudem eine strategische Kooperation mit B Lab Schweiz und unterstützt damit Unternehmen, ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Seit 1911 bietet die ZHK Schiedsverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten an.

Events 2020

Die Veranstaltungen der ZHK bieten wertvolle Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Personen aus Politik und Wirtschaft.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten 2020 nur wenige physische Veranstaltungen durchgeführt werden. Die neue Situation bot der ZHK jedoch auch die Chance, ihren Mitgliedern neue, digitale Veranstaltungsformen anzubieten.

Neujahrsanlass
Zürich hat sich in den letzten 20 Jahren massiv verändert. Aber brachte die Anpassung an neue Zeiten auch mehr Freiheit? Diese Frage wurde am Neujahrsanlass der Zürcher Handelskammer und Arbeitgeber Zürich VZH am 7. Januar 2020 im Club AURA in Zürich rege diskutiert. Fazit: Die Freiheit des Einzelnen muss stets aufs Neue verteidigt werden.

Generalversammlung
Zum vermutlich ersten Mal in der Geschichte der Zürcher Handelskammer fand am Montag, 8. Juni 2020, die Generalversammlung ohne Publikum, sondern lediglich im Beisein von Präsidentin Dr. Karin Lenzlinger, Direktorin Dr. Regine Sauter, Protokollführer Mario Senn und dem Vertreter der Revisionsgesellschaft Balmer-Etienne AG, Werner Pfäffli, statt. Die Mitglieder genehmigten im Rahmen einer Online-Abstimmung den Jahresbericht sowie die Jahresrechnung 2019. Ebenso wurden sämtliche Vorstandsmitglieder für eine weitere zweijährige Amtsperiode gewählt. Im Vorfeld der aussergewöhnlichen Generalversammlung unterhielt sich Dr. Regine Sauter mit Wissenschaftsjournalist Beat Glogger zum Thema Fake News.

ZHK-Lunch-Talks
Seit 2014 führt die ZHK-Lunch-Talks zu wirtschaftspolitischen Themen durch. 2020 fanden drei Events im bewährten Format zu folgenden Themen statt: Mittelstands- und Entlastungsinitiative, Swiss-Triple-Impact-Programm (Partnerschaft mit B Lab) sowie Digitalisierung im Export. Die ZHK bedauert, dass 2020 kein Apéro für Neumitglieder stattfinden konnte, und hofft, dass dieses Format 2021 wieder im bewährten Rahmen durchgeführt werden kann.

Online-Politcafé
Zum ersten Mal veranstaltete die Zürcher Handelskammer Ende 2020 das Online-Politcafé. Mit den Online-Politcafés möchte die ZHK nicht nur über politisch aktuelle Themen informieren, sondern auch aktiv die Meinung der Mitglieder zu den gewählten Themen einholen und diese gemeinsam diskutieren. Das erste Online-Politcafé fand zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative und den unmittelbaren Rechtsfolgen des Gegenvorschlags statt.

Vorstand

PRÄSIDENTIN

Dr. Karin Lenzlinger*
Vizepräsidentin des Verwaltungsrates
SV Group AG, Dübendorf

VIZEPRÄSIDENT

Dr. Markus Neuhaus*
Verwaltungsrat Barry Callebaut AG, Zürich, Mitglied verschiedener anderer Verwaltungsräte und Vorstände

MITGLIEDER DES ZHK-VORSTANDES

Geri Aebi
Verwaltungsrat und Mitinhaber Wirz Gruppe, Zürich

Juan Beer
CEO Zurich Schweiz, Zürich

Manuela Beer
CEO PKZ Burger-Kehl & Co. AG, Urdorf

Prof. Dr. Giorgio Behr*
Verwaltungsratspräsident und Inhaber
BBC Group, Buchberg,
Präsident der Industrievereinigung Schaffhausen

Reto Candrian
CEO Candrian Catering AG, Zürich

Dr. Peter Derendinger*
Verwaltungsratspräsident Credit Suisse (Schweiz) AG, Zürich

Daniel Ducrey
CEO Mobimo Management AG, Küsnacht

Dr. Patrick Frost
Group CEO Swiss Life AG, Zürich

Guido Fürer
Group CIO Swiss Re AG, Zürich

Dr. Andreas Geistlich*
Verwaltungsratspräsident
Ed. Geistlich Söhne AG, Schlieren, Kantonsrat

Eric Gujer
Chefredaktor «Neue Zürcher Zeitung», Zürich

Prof. Dr. Anton Gunzinger
Eigentümer und Verwaltungsratspräsident
Supercomputing Systems AG, Zürich

Joern Harde
CFO Siemens Schweiz AG, Zürich

Dr. Andres Iten
Verwaltungsratspräsident René Faigle AG, Zürich

Dr. Christian Keller
Vorsitzender der Geschäftsleitung IBM Schweiz AG, Zürich

Prof. Dr. Axel Lehmann*
President Personal & Corporate Banking and President UBS Switzerland, Zürich

Annette Luther
Secretary to the Board of Directors Roche Diagnostics International AG, Basel

Joachim Masur
Inhaber und Geschäftsführer Joachim Masur Ventures GmbH, Küsnacht

Ruedi Noser
Verwaltungsratspräsident Noser Management AG, Zürich, Ständerat

Stefan Räbsamen*
Verwaltungsratspräsident und Partner PwC Schweiz, Zürich

Andrea Rytz
CEO Schulthess Klinik, Zürich

Béatrice Schaeppi*
CEO Schaeppi Grundstücke, Zürich

Dr. Heinz Schärer
Partner Homburger AG, Zürich

Theo Schaub
Inhaber und Geschäftsführer
Schaub Maler AG, Zürich

Herbert J. Scheidt
Verwaltungsratspräsident
Vontobel Holding AG, Zürich

Andreas G. Schmid
Verwaltungsratspräsident
Flughafen Zürich AG, Zürich

Natalie Spross Döbeli
CEO und Delegierte des Verwaltungsrates
Spross-Holding AG, Zürich

Philipp Sutter
Verwaltungsratspräsident Zühlke Gruppe, Schlieren

Hans G. Syz-Witmer
Verwaltungsratspräsident
Maerki Baumann & Co. AG, Zürich

Dr. Sandra Thoma
Verwaltungsratspräsidentin
Jost Thoma Holding AG, Zug

Andreas Umbach*
Verwaltungsratspräsident Landis+Gyr Group AG, Zug, Verwaltungsratspräsident SIG Combibloc Group AG, Neuhausen am Rheinfall,
Präsident Zuger Wirtschaftskammer, Zug

Dr. Beat Walti
Rechtsanwalt und Partner Wenger & Vieli AG, Zürich, Nationalrat

Oliver Weisbrod
CEO Weisbrod-Zürrer AG, Hausen am Albis

* **Mitglied des ZHK-Vorstandsausschusses**

Stand: 31.12.2020

Team

Dr. Regine Sauter
Direktorin

Carmen Senn
Sekretariat

Cristina Zehnder
Sekretariat

Roman Obrist
Leiter Wirtschafts-
politik

Nino Feltscher
Wirtschaftspolitik

Flurina Mark
Wirtschaftspolitik

Giulia Bonaldi
Wirtschaftswochen

Stephan Laug
Leiter Kommunikation
und Events

Simone Hasler
Kommunikation und
Events

Vittorina Chiesa
Rechnungs- und
Mitgliederwesen

Giovanni Montera
Leiter Beglaubigungs-
dienst

Roland Camenzind
Stv. Leiter Beglaubigungs-
dienst

Connie Amoateng
Beglaubigungsdienst

Irene Felix
Beglaubigungsdienst

Marcel Mathiuet
Beglaubigungsdienst

Impressum

Herausgeber
Zürcher Handelskammer

Direktion
Telefon 044 217 40 50
Fax 044 217 40 51
direktion@zhk.ch

Beglaubigungen
Telefon 044 2017 40 40
Fax 044 217 40 41
beglaubigung@zhk.ch

Projektverantwortung
Stephan Laug

Redaktion
Dr. Regine Sauter, Roman Obrist, Flurina Mark,
Nino Feltscher, Giulia Bonaldi, Stephan Laug,
Simone Hasler, Prof. Dr. Matthias Oesch,
Yvonne von Hunnius

Auflage
1850 Exemplare

Design/Realisation/Korrektorat
Linkgroup AG, Zürich

Druck
Printlink AG, Zürich

Fotos
Selina Meier Fotografie
Springer Photo

www.zhk.ch/portraet2020

printed in
switzerland

Als Mitglied profitieren

Dank unserer treuen Mitgliederschaft, welche 1100 Mitglieder zählt, kann sich die ZHK seit 148 Jahren für den Standort Zürich einsetzen – mit Erfolg. Als Stimme der Wirtschaft bauen wir Brücken zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und vertreten die Anliegen unserer Mitglieder in politischen Entscheidungsprozessen.

Mitglieder erhalten:

- Zugang zu einem starken Netzwerk mit Direktkontakt zu Behörden und Verwaltung
- kompetente Beratung in Unternehmens- und Exportfragen
- interessante Veranstaltungen und Seminare
- Zugang zu Plattformen mit medialer Präsenz
- attraktive Angebote dank soliden Partnerschaften

Werden auch Sie jetzt Mitglied:
www.zhk.ch/mitgliedschaft

Zürcher Handelskammer
Löwenstrasse 11
Postfach
8021 Zürich